

THERE'S NO BUSINESS LIKE NGO BUSINESS

ALEX FEUERHERDT – VORTRAG IN AUGSBURG, 1. DEZEMBER 2015

Zum Einstieg

Nichtregierungsorganisationen, kurz: NGOs, sind bekanntlich in so ziemlich allen Teilen der Welt tätig. Mit Spendengeldern und sonstigen finanziellen Zuwendungen bauen sie Straßen und Häuser, unterstützen andere Vereinigungen, verteilen Aufträge und leisten Hilfe. Außerdem beziehen sie Stellung, veröffentlichen Erklärungen und Broschüren oder organisieren Demonstrationen. Ihr Ruf in der Öffentlichkeit ist, so viel darf man wohl behaupten, grundsätzlich ein sehr guter. Ihre Mitarbeiter und Aktivisten scheinen hilfreich und gut zu sein und immer das Wohl notleidender Menschen vor Augen zu haben. Dass sie selbst oft genug auch explizit politische Ziele verfolgen, die nicht – oder nicht immer – auf Hilfe ausgerichtet sind, bleibt oft unerwähnt und ausgeblendet. Dabei lohnt sich ein genauerer Blick darauf. Denn so legitim es ist, das Handeln von Regierungen und Unternehmen unter die Lupe zu nehmen, so legitim ist dies auch in Bezug auf die NGOs.

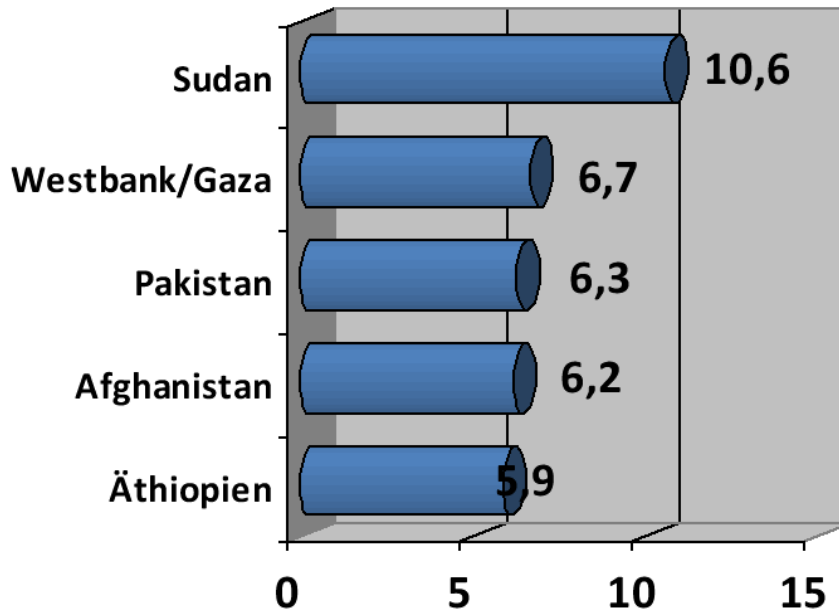
Auf die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in einer ganz bestimmten Weltgegend soll heute Abend ein genauerer Blick geworfen werden; gemeint sind die palästinensischen Gebiete und teilweise auch Israel. Die Dichte an NGOs ist in den palästinensischen Gebieten die weltweit höchste; mehr als tausend NGOs findet man alleine im Westjordanland.¹ Nun könnte man vermuten, dass diese große Zahl damit zusammenhängt, dass die „internationale Staatengemeinschaft“, die Vereinten Nationen und humanitäre Organisationen zu wenig für die Palästinenser tun. Doch damit läge man nicht richtig, denn pro Kopf empfängt weltweit niemand mehr ausländische Finanzhilfen als die Palästinenser², wie die Analyse des jährlich erscheinenden *Global Humanitarian Assistance Report* zeigt. Dieser Bericht ist das Werk international tätiger Entwicklungsorganisationen, die unter anderem analysieren, welche Zuwendungen an wen geleistet werden – von Regierungen, von den Vereinten Nationen, von NGOs, von internationalen Organisationen, von privaten Initiativen. Sie werten dafür beispielsweise das Zahlenmaterial der Uno, der OECD, der Weltbank und des Internationalen

¹ Laut Recherchen und Angaben der Organisation NGO-Monitor und des NGO-Mapping-Projects; vgl. Spiegel Online vom 18. Januar 2012, <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/party-feeling-im-krisengebiet-disco-ramallah-a-806718.html>.

² Global Humanitarian Assistance Report 2013, <http://www.globalhumanitarianassistance.org/wp-content/uploads/2013/07/GHA-Report-2013.pdf>.

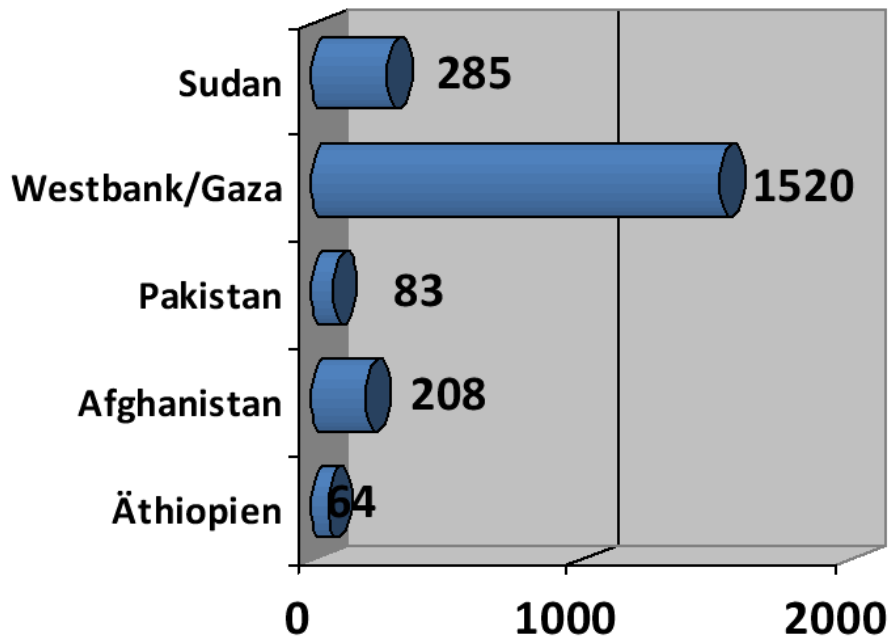
Währungsfonds aus. Im Bericht für das Jahr 2013 findet sich auch eine Übersicht über die humanitäre Hilfe, die zwischen 2002 und 2011 geleistet wurde, also in einem Zeitraum von zehn Jahren. Hier sind die „Top 5“ bei den Empfängern (**Folie 2**):

Humanitäre Hilfe (gesamt) in Mrd. Dollar, Top 5, 2002–2011



Wirklich aussagekräftig werden die Zahlen allerdings erst, wenn man ausrechnet, was sie pro Kopf bedeuten. Es ergibt sich ein etwas anderes Bild (**Folie 3**):

Humanitäre Hilfe (pro Kopf) in Dollar, Top 5, 2002–2011



Wohin die Unterstützung genau fließt und wem sie zugutekommt, bleibt dabei oftmals im Dunkeln. So hat unlängst beispielsweise die Europäische Union beklagt, durch Korruption und Missmanagement seien Zuwendungen an die Palästinenser in Höhe von rund zwei Milliarden Euro verschwendet worden.³ Im Gazastreifen ist ohnehin praktisch keine Hilfe möglich, ohne dass die Hamas sie in die Finger bekommt und damit anstellt, was sie für richtig hält.

UNRWA und UNHCR

An Geld mangelt es jedenfalls nicht unbedingt, wie man sieht. Und die Uno hat den Palästinensern sogar ein eigenes Flüchtlingshilfswerk eingerichtet, nämlich die *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA), während für alle anderen Flüchtlinge auf dieser Welt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, kurz: UNHCR zuständig ist (**Folie 4**). In den Beritt des UNHCR fallen derzeit rund 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, während die UNRWA etwa 5,3 Millionen Palästinenser als Flüchtlinge registriert hat – wobei es sich bei der großen Mehrheit dieser Menschen nicht

³ Vgl. *EU accuses Palestinians of wasting €2 billion in aid*, Times of Israel, 13. Oktober 2013, <http://www.timesofisrael.com/eu-accuses-palestinians-of-wasting-e2-billion-in-aid/>.

um wirkliche Flüchtlinge handelt, sondern um Nachkommen von rund 900.000 palästinensischen Arabern, die 1948/49 den neu gegründeten Staat Israel verlassen hatten und von der UNRWA als Flüchtlinge geführt wurden. Das heißt, der Flüchtlingsstatus wird regelrecht vererbt. Das Budget des UNHCR beläuft sich auf etwa 4,3 Milliarden US-Dollar, das der UNRWA auf rund 1,2 Milliarden US-Dollar.⁴ Die UNRWA ist die größte Einzelorganisation der Vereinten Nationen und mit rund 30.000 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber in der Region nach dem öffentlichen Dienst.⁵

Generell lässt sich nicht ernsthaft behaupten, dass die Verhältnisse in den palästinensischen Gebieten die schlimmsten auf der Welt wären. Sie sind schlechter als in Westeuropa, Nordamerika oder Israel, aber von einer „humanitären Katastrophe“ kann gewiss nicht die Rede sein. Die Lebenserwartung der Bewohner des Gazastreifens etwa beläuft sich auf 74 Jahre und ist damit höher als in Ägypten, der Türkei und über hundert weiteren Staaten.⁶ Die Kindersterblichkeit hat ungefähr das Niveau von Bulgarien und liegt niedriger als in den meisten süd- und mittelamerikanischen Ländern.⁷ Und die Bevölkerungsdichte ist erheblich geringer als beispielsweise jene von Mexiko-Stadt.⁸

Die „Durban-Strategie“

An Geld und Ressourcen fehlt es in den palästinensischen Gebieten also nicht unbedingt – und etliche NGOs leisten dort dann auch gar nicht in erster Linie das, was gemeinhin humanitäre Hilfe genannt wird, sondern verfolgen vielmehr eine dezidiert politische Agenda. Eine Agenda, die letztlich auf die berüchtigte „Weltkonferenz gegen Rassismus“ zurückgeht, die von den Vereinten Nationen im August und September 2001 im südafrikanischen Durban veranstaltet wurde (**Folie 5**). Warum „berüchtigt“? Nun, eine große Mehrheit der Teilnehmerstaaten verwandelte diese Konferenz in ein regelrechtes Tribunal gegen Israel, das als Inbegriff und Ausgeburt des Rassismus und des Kolonialismus an den Pranger gestellt wurde. Noch ärger ging es im parallel tagenden NGO-Forum zu, an dem mehr als 1.500 Nichtregierungsorganisationen teilnahmen, darunter auch große und prominente wie Amnesty International und Human Rights Watch. In der Schlusserklärung dieses Forums wurde der

⁴ Vgl. <http://www.unrwa.org/etemplate.php?id=87#funding>.

⁵ Vgl. <http://www.unric.org/de/pressemitteilungen/5109>.

⁶ Vgl. Index Mundi, <http://www.indexmundi.com/g/r.aspx?c=gz&v=30&l=de>.

⁷ Vgl. Index Mundi, <http://www.indexmundi.com/g/r.aspx?c=gz&v=29&l=de>.

⁸ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Gazastreifen#Bev.C3.B6lkerung>.

jüdische Staat bezichtigt, ein „Apartheidregime“ zu sein und „ethnische Säuberungen“ zum Nachteil der Palästinenser zu verüben; zudem wurden die Wiedereinsetzung einer (später zurückgenommenen) UN-Resolution aus dem Jahr 1975, in der Zionismus als eine Form des Rassismus bezeichnet wurde, sowie Boykotte, Sanktionen und eine diplomatische Isolierung Israels gefordert. Auf dem Konferenzgelände verteilten palästinensische NGOs Kopien der „Protokolle der Weisen von Zion“ und andere antisemitische Pamphlete, wie etwa jenes **(Folie 6)**, auf dem das Konterfei Adolf Hitlers abgebildet war und gefragt wurde: „Was wäre, wenn ich gewonnen hätte? Es gäbe kein Israel und kein palästinensisches Blutvergießen.“ Mehrfach wurden jüdische Teilnehmer des NGO-Forums verbal und körperlich angegriffen.

Das Abschlussdokument des Forums wurde in den folgenden Jahren mehr und mehr zu einem Aktionsplan für NGOs, die sich als pro-palästinensisch verstehen. Es war die Grundlage für künftige NGO-Kampagnen, in denen Israel als das neue Südafrika dargestellt wurde. Die „Durban-Strategie“ war geboren: Mit Hilfe einer menschenrechtlich verbrämten Rhetorik, unter Berufung auf fragwürdige „Zeugenaussagen“ angeblicher Opfer und unter nahezu vollständiger Ausblendung des palästinensischen Terrors sollte der jüdische Staat künftig dämonisiert und delegitimiert werden **(Folie 7)**. Beispiele für solche Kampagnen sind der Versuch, den Antiterrorereinsatz der israelischen Armee in Jenin im Jahr 2002 als „Massaker“ an der Zivilbevölkerung darzustellen, der konzertierte Aufruf zu einem akademischen Boykott Israels an britischen Universitäten im Jahr 2005 und die Vielzahl an Erklärungen, in denen während des Libanonkrieges im Sommer 2006 der israelischen Armee Kriegsverbrechen sowie Verstöße gegen das Völkerrecht vorgeworfen wurden, bei gleichzeitiger Verharmlosung der Terrorangriffe der Hisbollah. Zu weiteren Beispielen komme ich gleich.

NGO-Business (I): Die „Free Gaza“-Flotte

Nicht wenige NGOs zeichnen von den palästinensischen Gebieten, insbesondere vom Gazastreifen, das Bild eines besetzten und belagerten Landstrichs, in dem die Bevölkerung vom israelischen Staat und seiner Armee eingesperrt, um ihre Lebensgrundlagen gebracht und immer wieder grundlos mit Krieg überzogen wird. Dass der Gazastreifen von der islamistischen, antisemitischen Hamas beherrscht wird, das ist für sie in aller Regel so wenig ein Thema wie das autoritäre, korrupte Regime der Fatah im Westjordanland. Die weitaus meisten Nichtregierungsorganisationen, die mit dem Nahostkonflikt befasst sind, suchen die

Schuld für vermeintlich oder tatsächlich menschenunwürdige Zustände in den palästinensischen Gebieten nahezu ausschließlich beim jüdischen Staat.

Und auch die Hilfe, die den Palästinensern seitens der NGOs zuteilwird, mutet bisweilen fragwürdig an. So beteiligten sich beispielsweise die deutschen Sektionen der Hilfsorganisationen IPPNW (*Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung*) und *Pax Christi* im Mai 2010 an der seinerzeit viel beachteten „Free-Gaza-Flotte“, einem Schiffskonvoi, der, mit vermeintlichen Friedensaktivisten und Hilfsgütern beladen, Kurs auf den Gazastreifen genommen hatte und erklärtermaßen die dortige, in den Augen der Aktivisten illegale Seeblockade durchbrechen wollte. In den internationalen Gewässern vor der Küste von Gaza stoppten israelische Spezialeinheiten die Schiffe jedoch. Auf dem größten Schiff, der türkischen „Mavi Marmara“ (**Folie 8**), wurde die israelische Einheit daraufhin beim Entern nachweislich mit Eisenstangen, Äxten und Messern angegriffen – und zwar von mehreren Dutzend türkischen Islamisten, die auf dem Oberdeck das Kommando innehatten. Kommandiert wurden sie vom Vorsitzenden der als Hilfsorganisation firmierenden türkischen Vereinigung IHH, Bülent Yildirim, der mit kaum verhohlener Genugtuung sagte, die Aktivisten hätten mehrere Soldaten in ihre Gewalt gebracht. Er muss es wissen, denn er war es, der die Aktivitäten persönlich kontrollierte und befahligte – zuletzt über Funk aus einem Raum im Schiffsinnenen.

Und es war seine Institution IHH (**Folie 9**), die die *Mavi Marmara* finanziert und deren Fahrt geplant hatte. Ein genauerer Blick auf die in über 100 Ländern aktive IHH offenbart, dass es sich bei dieser NGO weniger um eine karitative Einrichtung als vielmehr um eine radikale islamistische Gruppe im Gewand einer humanitären Organisation handelt. Nach Erkenntnissen des dänischen Instituts für internationale Studien ließ die IHH „in der Vergangenheit dem weltweiten Djihaad-Netzwerk logistische und finanzielle Unterstützung“ zukommen. Türkische Behörden hatten bei der IHH im Jahr 1997 unter anderem Waffen, Sprengstoff und Anleitungen zum Bombenbau sichergestellt. Die Dachorganisation der IHH ist die *Union des Guten*, die mit Spendengeldern die Hamas und andere terroristische Gruppierungen finanziert. Vorsitzender dieser *Union* ist Yusuf al-Qaradawi, ein einflussreicher islamischer Rechtsgelehrter, der Selbstmordattentate gegen Israel als „Märtyrertod“ billigt, die Todesstrafe für die „Abkehr vom Islam“ befürwortet und Adolf Hitler eine „gerechte Strafe Allahs für die Juden“ nennt, mit denen ein Dialog nur „mit Schwert und Gewehr“ zu führen sei.

Die IHH unterhält aber auch von sich aus Beziehungen zur Hamas (**Folie 10**). So traf sich Bülent Yildirim beispielsweise zu Beginn des Jahres 2010 in Gaza mit dem Hamas-Führer Ismail Haniya zwecks Fundraising und Organisation des *Free Gaza*-Trips. Und an der Einweihungszeremonie für die *Mavi Marmara* Ende Mai 2010 in Istanbul nahmen mit Mahmad Tzoalha und Sahar Albirawi zwei von Großbritannien aus operierende Topterroristen der Hamas teil. Yildirim selbst hielt bei dieser Feier eine Rede, in der er unter anderem sagte: „Israel verhält sich, wie Hitler sich gegenüber den Juden verhalten hat. Hitler baute Konzentrationslager in Deutschland, und heute baut das zionistische Gebilde Konzentrationslager in Palästina.“ (**Folie 11**)

Angesichts dessen ist es nur folgerichtig, dass sich an Bord der *Mavi Marmara* auch zahlreiche militante Islamisten befanden. Laut den türkischen Zeitungen *Vatan* und *Milliyet* waren mindestens 40 Passagiere gewaltbereit, und drei der Getöteten hätten vor ihrer Abreise gegenüber Freunden und Verwandten gesagt, sie wollten auf der Fahrt als „Märtyrer“ sterben. In ihrem Gepäck hatten die Islamisten Stöcke, Eisenstangen, Messer, Steinschleudern und Glaskugeln, außerdem kugelsichere Westen und Schutzmasken sowie einige elektrische Sägen. Als die israelische Marine Kontakt mit der Schiffsbesatzung aufnahm und sie zur Kooperation aufrief, bemächtigte sich der türkische Trupp des Oberdecks. Alle anderen Passagiere wurden nach unten verbannt und durften ohne Erlaubnis nicht mehr nach oben. Eine kleine türkische „Reserve-Einheit“ blieb mit arabischen Aktivisten auf dem mittleren Deck. Die IHH-Aktivisten rüsteten sich für die Attacke. Sie zersägten die Reling, um sich mit Eisenstangen zu bewaffnen, entwendeten die Äxte aus den Feuermeldern und deckten sich mit Messern aus der Kombüse ein. All dies zeigt ein Film der linken amerikanischen Organisation *Cultures of Resistance*, die eigentlich das vermeintlich besonders rücksichtslose Vorgehen der israelischen Einheit belegen wollte – um dann, unfreiwillig natürlich, die Angriffsvorbereitungen auf dem Schiff zu zeigen.

Die deutschen Aktivisten waren also mit veritablen Jihadisten buchstäblich in einem Boot, doch selbst die in dieser Hinsicht geradezu erdrückende Beweislast in Form zahlreicher Videos und Zeugenaussagen vermochte sie nicht von ihrem Standpunkt abzubringen. In einer vier Tage nach den Geschehnissen in den Gewässern vor der Küste des Gazastreifens verbreiteten Presseerklärung des „Deutschen Koordinationskreises Palästina Israel“, dem auch die IPPNW und *Pax Christi* angehören, hieß es: „Mit aller Entschiedenheit weisen wir die Vorwürfe zurück, die das friedliche Ansinnen der Freiheits-Flotte in Frage stellen und

eine Verbindung zu ‚islamistischen Terroristen‘ unterstellen. Diese Vorwürfe dienen allein dem Zweck, von dem israelischen Verbrechen beim Angriff auf die Schiffe und von der völkerrechtswidrigen Blockade von Gaza abzulenken.“ Matthias Jochheim, stellvertretender Vorsitzender der IPPNW und Passagier auf der „Mavi Marmara“, behauptete in einem Interview des *Kölner Stadt-Anzeigers*, alle Aktivisten an Bord habe „das Prinzip der Gewaltfreiheit und das Ziel, humanitäre Hilfe für Gaza zu leisten“, geeint.⁹ Auch in einem zwanzigminütigen Gespräch, das ich selbst für die *Jungle World* mit Jochheim führte, bestritt er, dass an Bord der „Konsens des zivilen Ungehorsams“ verlassen worden sei. Er sagte: „Ich selbst habe lediglich ein paar kurze Holzknüppel gesehen, mit denen sich einige der Angegriffenen verteidigt haben könnten, mehr nicht.“ Anders lautende Einschätzungen waren für ihn „israelische Falschmeldungen“ oder „Manipulationen“.¹⁰

Als der Schiffskonvoi schließlich komplett aufgebracht war, zeigte sich, dass die Fracht der Schiffe teilweise aus wertlosem Material bestand, beispielsweise abgelaufenen Medikamenten, ausrangierten Rollstühlen und gebrauchter Kleidung.¹¹ Insgesamt 10.000 Tonnen an Hilfsgütern sollen die Schiffe der „Free Gaza“-Flotte an Bord gehabt haben. Zum Vergleich: Israel transportierte nach Angaben des Außenministeriums im ersten Quartal des Jahres 2010 – also kurz vor dem Start der Flotte – etwa 94.500 Tonnen Hilfsgüter an sechs Tagen pro Woche in den Gazastreifen (also mehr als 1.000 Tonnen pro Tag).¹²

Könnte es also sein, dass es den Aktivisten gar nicht in erster Linie darum zu tun war, vermeintlich notleidenden Palästinensern zu helfen? Ihre Sprecherin Greta Berlin hatte gegenüber der Nachrichtenagentur AFP jedenfalls ganz offen erklärt: „Bei dieser Mission geht es nicht darum, humanitäre Güter zu liefern, es geht darum, Israels Blockade zu brechen.“¹³ Es war allerdings abzusehen, dass die israelische Marine dieses Vorhaben unterbinden würde. War es also womöglich genau das Ziel, für Bilder zu sorgen, mit denen Israel als brutal und unmenschlich vorgehende Besatzungsmacht angeklagt werden kann? Falls ja, ging das Kalkül durchaus auf: Medien und Politik empörten sich über das israelische Vorgehen gegen die vermeintlichen Friedensaktivisten, der Deutsche Bundestag forderte in

⁹ „Der Angriff war politisch kalkuliert“. Interview mit Matthias Jochheim, *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 2. Juni 2010, <http://www.ksta.de/politik/gaza-konflikt--der-angriff-war-politisch-kalkuliert-,15187246,12671600.html>.

¹⁰ „Ich selbst habe lediglich ein paar kurze Holzknüppel gesehen“. Interview mit Matthias Jochheim, *Jungle World* vom 10. Juni 2010, <http://jungle-world.com/artikel/2010/23/41085.html>.

¹¹ Vgl. http://www.mfa.gov.il/mfa/pressroom/2010/pages/equipment_aid_gaza_flotilla_7-jun-2010.aspx.

¹² Vgl. http://www.mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/Issues/Pages/Israeli_humanitarian_lifeline_Gaza_25-May-2010.aspx.

¹³ <http://botschaftisrael.wordpress.com/2010/05/31/die-einnahme-der-gaza-flottille/>.

einer Resolution gar einstimmig (!) die sofortige Beendigung der Blockade des Gazastreifens.¹⁴ Auch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen unterstützten oder verteidigten die Flotte, darunter *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und *Oxfam*. Und die Hamas feierte einen propagandistischen Coup. Ihr Führer Ismail Haniya hatte schon vor dem Beginn der Flottenfahrt frohlockt: „Wenn die Schiffe Gaza erreichen, ist das ein Sieg – und wenn sie von den Zionisten terrorisiert werden, ist das ebenfalls ein Sieg.“

NGO-Business (II): Der Goldstone-Bericht

Doch zurück zum bereits kurz angesprochenen Zusammenwirken von Uno und NGOs, das in den vergangenen Jahren – vor allem seit der Konferenz von Durban – immer enger geworden ist. Ein markantes Beispiel dafür – und für die erwähnte „Durban-Strategie“ – ist der Goldstone-Bericht (**Folie 12**), der sich mit dem Krieg zwischen Israel und der Hamas Ende 2008, Anfang 2009 beschäftigt. Vorgelegt hat ihn im September 2009 eine Kommission, die vom sogenannten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingesetzt worden war. Dieser Menschenrechtsrat – in dem die islamischen Staaten und andere Autokratien die Mehrheit stellen – hat beispielsweise die „Durban II“ genannte, heftig umstrittene „Antirassismuskonferenz“ in Genf vom April 2009 ausgerichtet, auf der unter anderem der seinerzeitige iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad als Redner auftrat. Die USA und viele EU-Staaten hatten sich deshalb – teilweise in buchstäblich letzter Minute – zu einem Boykott der Veranstaltung entschlossen.

Der UN-Menschenrechtsrat kennt vor allem ein Thema, und das heißt: Israel. Mit keinem Staat beschäftigt sich dieses Gremium häufiger, kein Land verurteilt es öfter. Insofern sind die Inhalte des Goldstone-Berichts – benannt nach dem Kommissionsvorsitzenden Richard Goldstone, der südafrikanischer Jurist ist und Chefankläger des Uno-Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda war –, insofern also sind die Inhalte des Goldstone-Berichts keine wirkliche Überraschung: Den Raketenterror der Hamas streift er lediglich am Rande; ansonsten ist er eine 575 Seiten umfassende Anklageschrift gegen den jüdischen Staat, dem nicht weniger vorgeworfen wird als „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschheit“.

¹⁴ Vgl. *Volksgemeinschaft gegen Israel*, Lizas Welt, 5. Juli 2010, <http://lizaswelt.net/2010/07/05/volksgemeinschaft-gegen-israel/>.

Zu nicht geringen Teilen besteht dieses Konvolut dabei aus Zitaten, die per „Copy & Paste“ aus Stellungnahmen, Publikationen und „Zeugenaussagen“ von NGOs übernommen wurden. Über 500 solcher Zitate sind in der Abhandlung zu finden. Zu den am häufigsten verwendeten Quellen gehören das *Palestinian Center for Human Rights*, *Al-Haq*, *Human Rights Watch* und *Breaking the Silence*. Auch diese und zahlreiche weitere im Bericht zustimmend zitierte Organisationen üben allenfalls ausnahmsweise eine zurückhaltende, taktisch motivierte Kritik an der Hamas und anderen palästinensischen Terrorgruppen. Ansonsten konzentrieren sie sich in ihrem Wirken ganz auf Israel und seine angeblichen Verstöße gegen das Menschen- und das Völkerrecht.

So wird im Goldstone-Bericht beispielsweise unter Berufung auf das *Palestinian Center for Human Rights* behauptet, weniger als 17 Prozent der während der *Operation Cast Lead* von der israelischen Luftwaffe getöteten Palästinenser seien Kombattanten gewesen. Diese geringe Zahl verwundert allerdings nicht, wenn man bedenkt, dass die Goldstone-Kommission sogar die im Gazastreifen tätigen Polizisten zu den Zivilisten rechnet, obwohl über 90 Prozent von ihnen zum militärischen Arm der Hamas gehören. Auch wird die Hamas in der Untersuchung rundweg vom Vorwurf freigesprochen, Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ missbraucht zu haben. Und die Verkleidung ihrer Bewaffneten als Zivilisten sei ohnehin von internationalem Recht gedeckt gewesen – wovon allerdings keine Rede sein kann, wenn man die Genfer Konventionen und die Haager Landkriegsordnung zugrunde legt. Für die illegale Lagerung von Waffen und Munition der Hamas in Moscheen wiederum wollen Goldstone und seine Kommissionskollegen keinerlei Belege gefunden haben, was einigermaßen erstaunlich ist, wenn man bedenkt, dass nicht einmal die Hamas bestritten hat, auch in Gottes- und Krankenhäusern Depots angelegt zu haben.

Es ist aufschlussreich, welche Quellen die Goldstone-Kommission für glaubhaft hielt und welche nicht: Aussagen von „Zeugen“ und „Experten“, die sich bei näherem Hinsehen als Aktivisten „israelkritischer“ Organisationen entpuppen, werden ohne weitere Nachforschung als vertrauenswürdig präsentiert, während Analysen und Stellungnahmen von Institutionen, die der Hamas ablehnend gegenüberstehen, entweder unterschlagen oder seitenlang niedergemacht werden. Doch das wird erklärlich, wenn man weiß, dass einige Mitglieder der Kommission selbst jahrelang in NGOs oder deren Umfeld aktiv waren, die Israel wenig wohlgesonnen sind. Richard Goldstone selbst beispielsweise gehörte *Human Rights Watch* in führender Position an – einer Organisation, die in die Kritik geriet, weil sie in Saudi-Arabien

Spenden für ihren „Kampf“ gegen „pro-israelische Interessengruppen“ akquiriert hatte. Erst nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission verließ Goldstone die Organisation. Gemeinsam mit den späteren Kommissionsmitgliedern Hina Jilani und Desmond Travers hatte er zuvor einen von *Amnesty International* initiierten offenen Brief an den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon unterzeichnet, in dem das israelische Vorgehen als „Angriff auf die Zivilbevölkerung in Gaza“ verurteilt wurde. Der Goldstone-Kommission gehörte auch Christine Chinkin an, eine frühere Beraterin von *Amnesty International*. Chinkin war zudem Unterzeichnerin eines Protestschreibens vom Januar 2009 mit dem Titel „Israels Bombardierung von Gaza ist keine Selbstverteidigung, sondern ein Kriegsverbrechen“. Diese Damen und Herren hatten ihr Urteil also bereits gefällt, *bevor* sie im Auftrag der Uno das Kriegsgeschehen untersuchten.

Es gab beim Goldstone-Report aber noch eine andere Personalie, und die erhellt das enge Zusammenwirken von „israelkritischen“ NGOs mit der Uno und ihrem Menschenrechtsrat besonders gut. Hillel Neuer, der Geschäftsführer der Uno-kritischen Organisation UN Watch, ist dieser Personalie nachgegangen. Die entscheidende Rolle bei der Erstellung des Goldstone-Reports spielte nach Neuers Recherchen das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Genf, das über rund 1.000 Mitarbeiter verfügt und dem zwischen September 2008 und August 2014 die Südafrikanerin Navi Pillay vorstand. Dieses Menschenrechtskommissariat fungiert gewissermaßen als ständiges Sekretariat des Menschenrechtsrates. Es führt unter anderem dessen Untersuchungen durch und schreibt dessen Berichte, leistet also faktisch das Gros von dessen Arbeit. Zudem schlägt es Personal für Untersuchungskommissionen vor und rekrutiert dafür je nachdem auch externe Mitarbeiter. So kam es, dass an der Erarbeitung des Goldstone-Reports laut Hillel Neuer „einige der weltweit radikalsten Anti-Israel-Aktivisten“ beteiligt waren. Eine Schlüsselrolle fiel dabei der niederländischen Juristin und Londoner Universitätsdozentin Grietje Baars (**Folie 13**) zu, einer radikalen Linken, deren akademische Arbeit sich ihren eigenen Angaben zufolge auf „Kämpfe gegen Besatzungen und ihre Überschneidung mit anderen Kämpfen für Solidarität und Befreiung“ konzentriert, darunter „Antikapitalismus, Anarchismus und Tierbefreiung“. Baars sei eine „anti-israelische Hardcore-Aktivistin, die zu einer führenden Person in der globalen Lawfare-Bewegung geworden ist“, so Hillel Neuer. „Lawfare“ nennt man im Englischen die planmäßig betriebene Kriminalisierung der Selbstverteidigung Israels,

die eine Fortsetzung der Kriegführung („Warfare“) gegen den Staat Israel unter missbräuchlicher Berufung auf die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht ist.

Grietje Baars hat unter anderem Aufsätze veröffentlicht, in denen sie konkrete Vorschläge für die Praxis der „Lawfare“ gegen den jüdischen Staat und den Boykott von Unternehmen, die Handelsbeziehungen mit Israel unterhalten, unterbreitet hat. Zudem gab sie öffentlich Tipps, wie Reisende, die „etwas zu verbergen haben“, die israelischen Sicherheitskontrollen problemlos passieren können. Darüber hinaus war Baars ständige Beraterin der radikal pro-palästinensischen NGO „Diakonia“ aus Schweden und leitete faktisch deren Büro in Jerusalem. Von dort aus gab sie Anti-Israel-Workshops, unterwies Aktivisten und hielt Vorträge, in denen sie Israel beschuldigte, „ein Kriegsverbrechen pro Minute“ zu begehen. Außerdem traf sie sich mit Hamas-Funktionären und Hamas-nahen Aktivisten und organisierte eine Konferenz in Brüssel, auf der die weltweit führenden Aktivisten und Rechtsanwälte der „Lawfare“-Bewegung gegen Israel zusammenkamen, um zu überlegen, wie man die „Verfolgung israelischer Kriegsverbrecher“ durch „gemeinsame Aktionen vor internationalen Gerichten“ befördern kann.

Während der Erstellung des Goldstone-Reports war Grietje Baars, so Hillel Neuer, „hinter den Kulissen das einflussreichste Mitglied bei der Untersuchung“. Demnach verfasste sie nicht nur mehrere Kapitel des Dokuments, sondern war auch und vor allem die erste Ansprechpartnerin für viele Zeugen, die über die Geschehnisse während der „Operation Cast Lead“ Bericht erstatten sollten. Als solche war sie in der Position, Aussagen mit Blick auf den Anschlussbericht nach ihrer Bedeutung zu gewichten – zweifellos eine verantwortungsvolle Aufgabe, die, so sollte man meinen, eine gewisse Seriosität und Unparteilichkeit voraussetzt. Dass die antiisraelische NGO-Aktivistin Baars nicht über diese Eigenschaften verfügt, sollte angesichts ihrer Arbeit bei „Diakonia“, ihren Besuchen von Hamas-nahen Aktivisten in Gaza, ihrer Lobbyarbeit für Sanktionen gegen Israel und der von ihr organisierten internationalen Konferenz zur Koordinierung von juristischen Maßnahmen gegen Israel klar sein. Dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte muss das bewusst gewesen sein. Also bleibt nur ein Schluss übrig: Genau deshalb – und nicht etwa trotzdem – hat es Baars verpflichtet.

Grietje Baars sorgte dafür, dass ihre wichtige Funktion bei der Erstellung des Goldstone-Reports verschleiert bleibt, um nicht die Gefahr heraufzubeschwören, dass wegen ihrer radikal antiisraelischen Aktivitäten die Seriosität und die Unparteilichkeit des Berichts in

Zweifel gezogen werden. In ihrem Profil beim sozialen Netzwerk „LinkedIn“ beispielsweise gab die Juristin für den betreffenden Zeitraum lediglich an, als „Angestellte für die Vereinten Nationen in Sachen Menschenrechten“ gearbeitet zu haben. Auch an anderen Stellen unterschlug sie, am Zustandekommen des Goldstone-Reports entscheidend mitgewirkt und ihn zu wesentlichen Teilen verfasst zu haben.

Richard Goldstone selbst distanzierte sich übrigens im April 2011 von seinem eigenen Urteil. „Wenn ich gewusst hätte, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht ein anderes Dokument geworden“, schrieb er in einem Beitrag für die *Washington Post*. Neuere Untersuchungen, die auch von einer nachfolgenden UN-Kommission bestätigt worden seien, ließen erkennen, so Goldstone, „dass Zivilisten nicht absichtlich zum Ziel“ israelischer Angriffe gemacht worden seien.

NGO-Business (III): Amnesty und die „Troubled Waters“

Eine Selbsterkenntnis immerhin, von der die vielleicht bekannteste NGO überhaupt ein Stück entfernt ist. Mit mehreren Millionen Mitgliedern und Unterstützern in mehr als 150 Staaten zählt sie auf jeden Fall zu den größten Nichtregierungsorganisationen (**Folie 14**). Die Rede ist von *Amnesty International*. Nun handelt es sich bei Amnesty weniger um eine Hilfsorganisation, die „vor Ort“ Projekte betreibt, sondern um eine Menschenrechtsorganisation mit explizit politischer Agenda. Aber auf ihre Expertisen legt die Öffentlichkeit und legen andere NGOs sehr viel Wert, auch und gerade, wenn es um den Nahostkonflikt geht. Und deshalb möchte ich an einem nicht unwichtigen Beispiel verdeutlichen, wie eine solche Expertise aussieht und was an ihr problematisch ist.

In einem Ende 2009 erschienenen Bericht mit dem Titel „Troubled Waters – den Palästinensern wird ein gerechter Zugang zum Wasser verweigert“¹⁵ beschäftigt sich Amnesty mit der israelischen Wasserpolitik und schlägt Alarm. So heißt es beispielsweise: „Der tägliche Frischwasserkonsum der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser liegt bei rund 70 Litern pro Kopf – und damit deutlich unter der Menge von 100 Litern, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen wird.“ Demgegenüber verbrauche ein Israeli täglich im Schnitt rund 300 Liter Wasser, also mehr als das Vierfache. Der Grund für diese erhebliche Differenz liege in der „diskriminierenden israelischen Politik“, die sowohl gegen

¹⁵ <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/027/2009>

verschiedene israelisch-palästinensische Abkommen als auch gegen internationales Recht verstoße: Der Zugang der Palästinenser zu den Wasserressourcen, behauptet Amnesty, werde massiv eingeschränkt und behindert, unter anderem dadurch, dass Israel über 80 Prozent der einzigen palästinensischen Bezugsquelle in der Westbank für sich beanspruche, fortwährend Wasserspeicher und Bewässerungssysteme in palästinensischen Dörfern zerstöre und das Westjordanland als Müllkippe und Jauchegrube missbrauche, wodurch das Grundwasser verschmutzt werde.

Andere Statistiken kommen dagegen zu wesentlich weniger alarmierenden Ergebnissen (**Folie 15**), beispielsweise eine Erhebung des in Ramallah ansässigen Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS). Demnach verbrauchte im Jahr 2007 jeder Bewohner in den palästinensischen Gebieten durchschnittlich rund 136 Liter Wasser pro Tag – also fast doppelt so viel wie von Amnesty angegeben und immer noch deutlich mehr als die von der WHO empfohlene Mindestmenge von 100 Litern. Gar 287 Liter pro Kopf und Tag hat die staatliche israelische Wasserbehörde errechnet.¹⁶ Dazu muss man noch wissen: Als Israel 1967 die Kontrolle über das Westjordanland übernahm, hatten nur vier von 708 palästinensischen Städten und Ortschaften einen Zugang zu fließendem Wasser. Anfang 2010 waren es 641 dieser Orte – und 96 Prozent der palästinensischen Bevölkerung.¹⁷ (**Folie 16**) Inzwischen sind 16 weitere Dörfer hinzugekommen. Stand heute haben 98,5 Prozent der Palästinenser in der Westbank einen Wasseranschluss – das sind erheblich mehr, als es beispielsweise bei den Einwohnern in Syrien und Jordanien der Fall ist.

Kurz zur Erklärung: Grundlage für die Wasserpolitik von Israelis und Palästinensern sind die beiden Oslo-Abkommen, Oslo I und Oslo II. Oslo II enthielt dabei eine Vereinbarung zur Wasserfrage, die zur Gründung einer gemeinsamen Wasserkommission, nämlich des israelisch-palästinensischen Joint Water Committee (JWC), führte. Diesem JWC gehören Vertreter beider Wasserbehörden an. Es ist mit der Einhaltung und Umsetzung der Absprachen befasst; eine seiner Aufgaben besteht darin, die Wasserversorgung in der Westbank und dem Gazastreifen stetig zu verbessern. Dabei obliegt der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) die Zuständigkeit für die Ressourcen und die Abwasserbehandlung

¹⁶ State of Israel, Water Authority: The Issue of Water between Israel and the Palestinians, März 2009.

¹⁷ <http://www.audiatour-online.ch/2012/02/28/israelische-und-palaestinensische-wassernutzung/>

in den palästinensischen Gebieten; Israel wiederum ist verpflichtet, zusätzliche Wassermengen an die Palästinenser zu liefern.¹⁸

Und tatsächlich ist deren Wasserverbrauch erheblich gestiegen, einerseits durch infrastrukturelle Maßnahmen wie die Verlegung von Wasserleitungen und den Bau zahlreicher Brunnen, andererseits infolge israelischer Wasserlieferungen, deren Menge stets deutlich über der vereinbarten lag, im Jahr 2009 sogar um 40 Prozent. Zwar verbrauchen die Israelis pro Kopf immer noch mehr Wasser als die Palästinenser; die Differenz hat sich im Laufe der Zeit jedoch stark verringert. Besonders deutlich wird das, wenn man den Vergleichszeitraum ausdehnt (**Folie 17**): Den Angaben der israelischen Wasserbehörde zufolge beanspruchte 1967 jeder Israeli 508 Kubikmeter natürliches Wasser im Jahr – geklärtes Abwasser und entsalztes Meerwasser sind hier nicht mit einbezogen –, das waren fast 1.400 Liter pro Tag. Bei den Palästinensern im Westjordanland waren es dagegen nur 86 Kubikmeter pro Kopf und Jahr, das sind 236 Liter pro Tag. Diese erhebliche Differenz hatte allerdings viel mit den altertümlichen Wasserleitungen in der Westbank zu tun – und damit, dass viele Palästinenser, wie bereits angedeutet, noch gar nicht ans Wassernetz angeschlossen waren. 2007 lag der Jahresverbrauch auf israelischer Seite bei nur noch 153 Kubikmetern je Einwohner und Jahr (oder knapp 420 Liter am Tag), während er in der Westbank auf 105 Kubikmeter pro Jahr (oder 288 Liter täglich) gewachsen war. Der deutliche Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs von natürlichem Wasser in Israel hat sowohl mit der Abnahme der verfügbaren natürlichen Wasserressourcen als auch mit der dramatischen Zunahme der Bevölkerung zu tun.¹⁹ Die Bevölkerungszahl in Israel stieg zwischen 1967 und 2006 von knapp 2,8 Millionen auf 7,1 Millionen.

153 Kubikmeter pro Kopf waren es 2007 also bei den Israelis, 105 bei den Palästinensern. Schauen wir uns nun an, wie groß die Mengen in anderen Ländern des Nahen Ostens in jenem Jahr waren (**Folie 18**): Im selben Jahr verbrauchte ein Jordanier 172, ein Ägypter 732, ein Syrer 861 und ein Libanese sogar 949 Kubikmeter natürliches Wasser. Dass die Israelis die größten Wasserverschwender in der Region wären, lässt sich also nicht behaupten, und nach

¹⁸ Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip, 28.09.95, <http://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/Peace/Guide/Pages/THE%20ISRAELI-PALESTINIAN%20INTERIM%20AGREEMENT.aspx>.

¹⁹ Gvirtzman, Haim: The Israeli-Palestinian Water Conflict: An Israeli Perspective, The Begin-Sadat Center for Strategic Studies, Bar-Ilan University, Mideast Security and Policy Studies No. 94, <http://www.biu.ac.il/SOC/besa/MSPS94.pdf>. Deutsche Übersetzung: http://israelkompetenzkollektion.files.wordpress.com/2012/01/besacenter_-studie-wasser-im-isr-pal-konflikt_januar-2012-ed.pdf (mit zahlreichen weiterführenden Quellen).

einer amerikanischen Studie ist die Wasserversorgung in der Westbank sogar besser als in Großstädten wie Amman, Tunis und Algier. **(Folie 19)**

Unzureichend ist dagegen die Abwasserbehandlung in den palästinensischen Gebieten. Denn das verbrauchte Wasser wird zu zwei Dritteln ohne weitere Behandlung in die Bäche und Flüsse geleitet und sickert ins Grundwasser ein. Weil das Abwasser nicht geklärt wird, fehlt außerdem die Möglichkeit, es zur Bewässerung in der Landwirtschaft einzusetzen, wie Israel es tut. Stattdessen wird Frischwasser verwendet, was dazu führt, dass den privaten Haushalten etliche Millionen Kubikmeter nicht zur Verfügung stehen.

Amnesty wirft Israel gleichwohl vor, über 80 Prozent der einzigen palästinensischen Wasserbezugsquelle im Westjordanland für sich zu beanspruchen. Gemeint ist damit der sogenannte Gebirgs-Aquifer **(Folie 20)**, ein natürlicher Grundwasserträger bzw. Grundwasserleiter, der sich über die gesamte Westbank erstreckt und von Regenfällen gespeist wird. Das eingesickerte Wasser bahnt sich seinen Weg durch die Erde und fließt schließlich zu verschiedenen Quellen, die sich zu einem nicht geringen Teil im israelischen Kernland befinden und deren Wasser in großen Speichern aufgefangen wird. Hierin liegt auch ein wesentlicher Teil des Streits begründet. Denn während die PA – und mit ihr Amnesty International – darauf besteht, dass der über dem Westjordanland niedergehende und dort in den Boden sickende Regen größtenteils den Palästinensern zusteht, argumentiert die israelische Wasserbehörde damit, dass sich die Quellen überwiegend in Gebieten befinden, die bereits vor 1967 zu Israel gehörten und schon damals genutzt wurden. Um zwischen diesen beiden Sichtweisen einen Kompromiss zu finden, regelten Oslo II und anschließend das Joint Water Committee die Verteilung dieser Wasservorräte, die auch für Israel existenziell wichtig sind.²⁰ Während der jüdische Staat sich diesem Kompromiss weiterhin verpflichtet fühlt und sein Liefersoll gegenüber den Palästinensern sogar übererfüllt, hält die PA die Vereinbarungen zunehmend für unzureichend. **(Folie 21)**

Dennoch konzentriert sich Amnesty in seiner Kritik ganz überwiegend auf Israel und hat mit „Troubled Waters“ letztlich eine ziemlich einseitige Schuldzuweisung an den jüdischen Staat vorgelegt. Geradezu befremdlich ist gar die Behauptung, Israel benutze die Westbank als Jauchegrube und Müllhalde. Schließlich sind es die palästinensischen Behörden, die sich trotz ihrer vertraglichen Verpflichtungen und internationaler Zuschüsse weigern, eine

²⁰ Israel bezieht sein Wasser außerdem vor allem aus dem See Genezareth und dem Aquifer entlang der Meeresküste.

funktionierende Abwasserentsorgung und Abwasseraufbereitung zu organisieren. Ein Punkt, auf den auch der Schweizer Politikwissenschaftler Lauro Burkart in seiner Dissertation mit dem Titel „The Politicization of the Oslo Water Agreement“ (zu Deutsch: „Die Politisierung der Wasservereinbarung von Oslo“) nachdrücklich hingewiesen hat. (Folie 22)

Finanzielle und politische Unterstützung

Finanziert werden viele nichtstaatlichen Organisationen übrigens nicht zuletzt aus Töpfen europäischer Regierungen und der Europäischen Union: Das *Palestinian Center for Human Rights* etwa bezieht seine Gelder aus Schweden, Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, der Schweiz und von der EU; auch die palästinensische NGO *Al-Haq* erhält Zuwendungen von diesen Staaten und außerdem von der irischen Regierung. Die Finanzspritzen belaufen sich dabei nicht selten auf mehrere zehntausend Euro.

Auch von deutscher Seite wird das Wirken von NGOs in den palästinensischen Gebieten tatkräftig unterstützt. Da wären zunächst einmal die deutschen Parteistiftungen zu nennen, die einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen unter die Arme greifen – politisch wie finanziell. Um nur einige Beispiele zu nennen²¹:

- Die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* kooperiert unter anderem eng mit der israelischen NGO *Zochrot*. Deren Hauptanliegen ist es, den Mythos der sogenannten *Nakba* zu pflegen. Mit diesem Wort, das übersetzt „Katastrophe“ bedeutet, wird im arabischen Raum die israelische Staatsgründung bezeichnet, die man bekanntlich für rundweg illegitim hält. Außerdem schließt sich *Zochrot* der Forderung nach einem „Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge“ an, was das Ende Israels als jüdischer Staat bedeuten würde, und wirft der israelischen Armee vor, „ethnische Säuberungen“ zu betreiben.
- Die *Heinrich-Böll-Stiftung* unterstützt, wie auch die *Konrad-Adenauer-Stiftung*, beispielsweise die palästinensische NGO *Miftah*, die Israel „Massaker“, einen „kulturellen Genozid“, „Kriegsverbrechen“ und „Apartheid“ vorwirft, Selbstmordattentate verherrlicht und auf ihrer Website auch schon mal antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet. Zudem finanzierte die Böll-Stiftung im November 2013 eine Konferenz des *Center for Women's Legal Research and Consulting* im

²¹ http://www.ngo-monitor.org/article/german_funding_for_political_advocacy_ngos_active_in_the_arab_israeli_conflict

Gazastreifen, auf der die Ansprüche von Frauen im Falle einer Scheidung vor Sharia-Gerichten diskutiert wurden.²² Mit von der Partie war Dr. Sa'id Abu al-Jabin, einer der höchsten Repräsentanten dieses mittelalterlichen Justizsystems.²³ Es handelte sich hier also durchaus um eine direkte Zusammenarbeit mit der Hamas.

- Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* arbeitet unter anderem mit der *Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs* (PASSIA) zusammen, die sich an gegen Israel gerichteten Boykottaktivitäten beteiligt und Israel vorwirft, ein Apartheidstaat zu sein.

Alsdann wären da die kirchlichen Einrichtungen. Auch hier einige Beispiele:

- *Brot für die Welt* und der *Evangelische Entwicklungsdienst* fordern eine Kennzeichnung von israelischen Waren, die in Siedlungsgebieten produziert werden, und arbeiten mit NGOs wie den *Physicians for Human Rights* zusammen, die israelischen Ärzten „Misshandlung und Folter von Palästinensern“ vorwerfen, sowie mit der *Coalition of Women for Peace*, einer der führenden Organisationen in der sogenannten BDS-Kampagne, die zu Boykotten, Kapitalabzug und Sanktionen gegenüber Israel aufruft.
- Die katholische Organisation *Misereor* unterstützt unter anderem die palästinensische NGO *Society of St. Yves*, die an „Nakba“-Kampagnen sowie an Kampagnen für das „Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge“ beteiligt ist.

Und auch staatliche oder quasi-staatliche Einrichtungen wie beispielsweise die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit*, die *Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft* und das *Institut für Auslandsbeziehungen* unterstützen NGOs mit antiisraelischer Agenda wie etwa *Zochrot*; außerdem fördern sie, wie beispielsweise die *Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft*, auch schon mal Unternehmungen wie das *HEAR Project*. Dieses Projekt, das die Stiftung in den Jahren 2010 und 2011 mit über 20.000 Euro bezuschusste, war ein deutsch-israelisches Austauschprogramm, zu dem auch eine Broschüre gehörte, in der Israel mit der DDR verglichen und als gewalttätiger Staat dargestellt wurde, der arabische Schüler aus dem Bildungssystem ausschließt.

²² <http://www.cwlr.ps/en/news/women%27s-rights-on-khula-file-claim-%28-women%27s-right-to-divorce-her-husband%29-----before-the-shariah-courts-in-gaza-strip>

²³ <http://todayingaza.wordpress.com/2012/11/08/women-and-sharia-law/>

Fazit

Gewiss: Die genannten Beispiele sind nur einige von vielen, wenn auch sehr markante. Aber es ließen sich zahlreiche andere finden – allen voran die Organisation *NGO Monitor* dokumentiert sie immer wieder, analysiert die politische Agenda der Nichtregierungsorganisationen und geht deren Finanzierung nach. Ist es beispielsweise wirklich nur ein unglücklicher Zufall, dass ein langjähriger Mitarbeiter der *Ärzte ohne Grenzen* wie Mazab Bashir im Mai 2007 verhaftet wurde, weil er, unterwiesen von der PFLP, unter anderem ein Attentat auf den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert geplant haben soll? (Ein Plan, der von seinem Vorgesetzten bei den *Ärzten ohne Grenzen* übrigens lapidar mit den Worten kommentiert wurde: „Wir möchten klarstellen, dass wir unterscheiden zwischen seiner Arbeit und dem, was er in seiner Freizeit tut.“)²⁴ Ist es lediglich eine Minderheitenmeinung, wenn, wie im November 2012 geschehen, eine Koalition von 22 NGOs – darunter *Medico International*, *Pax Christi* und die Diakonie – zu einem Boykott israelischer Waren aufruft?²⁵ Wie kommt es, dass *Human Rights Watch* nicht einmal vor einer Sammlung von Spendengeldern in Saudi-Arabien zurückschreckt? Und was soll man davon halten, wenn *Breaking the Silence* der israelischen Armee vorwirft, palästinensische Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ missbraucht oder gar ohne Vorwarnung erschossen zu haben, als Zeugen jedoch nur israelische Soldaten aufbieten kann, die anonym bleiben und die Verbrechen, die sie beklagen, zudem nur vom Hörensagen kennen?²⁶

Im Zentrum der Politik vieler mit dem „Nahostkonflikt“ beschäftigten NGOs steht oft genug nicht die Hilfe, sondern die Dämonisierung und Delegitimierung Israels; nicht selten wird dem jüdischen Staat sogar vorgeworfen, eine Politik der Apartheid zu betreiben und Verbrechen gegen die Menschheit zu begehen. Die von Antisemitismus geprägte Politik vor allem der Hamas, aber auch der Fatah²⁷ wird dabei zumeist einfach ausgeblendet. Die Motivation dieser NGOs ist letztlich keineswegs eine pro-palästinensische, denn sonst wäre ihr Wirken von einer eindeutigen Distanz gegenüber der Hamas geprägt, deren Regime sich

²⁴ Vgl. <http://lizaswelt.net/2007/05/17/feierabendterrorismus/>.

²⁵ Vgl. <http://derstandard.at/1350260224863/Das-Ende-humanitaerer-Arbeit-in-Palaestina> und http://www.christianaid.org.uk/Images/Trading%20Away%20Peace%20October%202012_tcm15-63607.pdf.

²⁶ Vgl. <http://lizaswelt.net/2009/10/14/goldstone-und-seine-willigen-helfer/>

²⁷ So äußerte beispielsweise Mahmud Abbas erst unlängst, er wolle nach einer Lösung des Konflikts „keinen einzigen Israeli, weder Soldat noch Zivilist, in unserem Land“ sehen (vgl. Abbas wants “not a single Israeli” in future Palestinian state, Reuters, 30. Juli 2013). Und wie insbesondere das Forschungsinstitut *Palestinian Media Watch* (<http://www.palwatch.org>) in ungezählten Texten und Videos gezeigt hat, strotzen auch die palästinensischen Schulbücher, das palästinensische Fernsehprogramm und die palästinensischen Medien im Verantwortungsbereich der Autonomiebehörde nur so vor Antisemitismus.

durch Frauenunterdrückung, Schwulenhass sowie eine rigide islamische Herrschaft auszeichnet – und die in ihrer Charta die Vernichtung Israels als unabänderliches Ziel festgeschrieben hat. Die Palästinenser sind oftmals lediglich Mittel zum Zweck, sie werden instrumentalisiert, zu Objekten gemacht. Sofern ihr Leid nicht von Israel verursacht wird, sondern beispielsweise vom Libanon – einem Land, in dem für die Palästinenser tatsächlich apartheidähnliche Zustände herrschen –, interessiert sich kaum noch eine NGO für sie.

Eine Beilegung des Nahostkonflikts – oder gar ein Frieden – wird auf diese Weise nicht zu erreichen sein. Aber möglicherweise geht es so mancher NGO trotz anderslautender Bekundungen auch gar nicht darum. Denn längst hat sich ein regelrechtes Hilfsbusiness entwickelt, das von dem Konflikt buchstäblich genährt wird. Viele Mitarbeiter von NGOs wären arbeitslos, wenn es ihn nicht mehr gäbe, denn ein Ende von Krieg und Krise im Nahen Osten würde ihre Tätigkeit schlichtweg überflüssig machen. Insofern drängt sich die Frage auf, ob sie neben dem ideologischen nicht auch ein materielles Interesse daran haben, die gegenwärtigen Zustände, die sie vordergründig kritisieren, zu perpetuieren und sich dabei scheinbar auf der Seite der Entrechteten und Unterdrückten zu positionieren.

Zupass kommt den NGOs dabei, dass kaum jemand die Redlichkeit ihrer Motivation anzweifelt und nur wenige ihre Aktivitäten und Stellungnahmen in Frage stellen.

Nichtregierungsorganisationen unterliegen faktisch kaum einer Kontrolle, sie gelten als grundsätzlich objektiv und glaubwürdig. Nur selten finden sich halbwegs kritische Beiträge wie jener, der im Januar 2012 auf „Spiegel Online“ erschien.²⁸ Wenn die israelische Armee den Viehstall einer palästinensischen Familie zerstöre, so heißt es dort, stünden die NGOs am Schauplatz Schlange, um den Vorfall zu dokumentieren, denn „so pervers es klingen mag, solche Geschichten sind begehrt“. Nachts ziehe dann das „Heer junger Kurzzeithelfer“ feiernd durch Ramallah und genieße ein Leben, das den meisten Palästinensern verwehrt bleibe. Die Projektmanagerin einer medizinischen amerikanischen NGO wird mit den Worten zitiert: „Palästina ist das bestgehütete Geheimnis in der Hilfsindustrie. Es klingt cool und gefährlich, weil es als Kriegsgebiet bezeichnet werden kann, aber tatsächlich ist es ziemlich sicher und hat all den Komfort, den Internationale wollen.“

Eine anderer der raren NGO-Kritiker ist der amerikanisch-israelische Publizist Tuvia Tenenbom. In seinem Buch „Allein unter Juden“ kritisiert er die Arbeit der politischen

²⁸ Vgl. Patrizia Schlosser: *Party-Feeling im Krisengebiet – Disco Ramallah*, Spiegel Online, 18. Januar 2012, <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/party-feeling-im-krisengebiet-disco-ramallah-a-806718.html>.

Nahost-NGOs und ihre Unterstützung aus Europa scharf. Er sei bei seinen Recherchen auf viele Vereinigungen gestoßen, die angeblich die Durchsetzung der Menschenrechte und den Frieden zum Ziel haben. Sie widmeten sich, so Tenenbom, „in Wahrheit aber der Zerstörung des Staates Israel und der Delegitimierung seiner jüdischen Bürger“. Die europäischen NGO-Aktivisten, so Tenenbom, reisten dabei „tausende von Kilometern, um den Juden zu erwischen – wo immer sie ihn finden“. Sie verstünden sich „als rechtschaffene Leute“, seien aber „in Wirklichkeit Menschen, die an einem Überlegenheitsgefühl kranken“.